

## 763207-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Planungsleistungen im Bauwesen – Umgestaltung des Quartiersplatzes  
Freigericht Alfred-Delp-Straße in Hanau, Planungsleistungen  
OJ S 243/2024 13/12/2024  
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung  
Dienstleistungen

### 1. Beschaffer

---

#### 1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Magistrat der Stadt Hanau

E-Mail: [his-verkehrsplanung@hanau.de](mailto:his-verkehrsplanung@hanau.de)

Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

### 2. Verfahren

---

#### 2.1. Verfahren

Titel: Umgestaltung des Quartiersplatzes Freigericht Alfred-Delp-Straße in Hanau, Planungsleistungen

Beschreibung: Das Freigerichtsviertel in Hanau wird im Rahmen des Städtebauförderungsprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ gefördert. Ein zentraler Bestandteil der Aufwertungsmaßnahmen ist die Schaffung eines neuen Quartiersplatzes an der Freigerichtsstraße/Alfred-Delp-Straße, der den Eingang zum Freigerichtsviertel von der Innenstadt kommend darstellt. Die Gestaltung eines Quartiersplatzes an dieser Stelle hat daher nicht nur einen hohen Nutzwert für die Anwohnerinnen und Anwohner und Passantinnen und Passanten, sondern bewirkt auch eine Änderung der Außenwahrnehmung des Quartiers. Die Verbindung zur Innenstadt wird von zu Fußgehenden und Radfahrenden lebhaft genutzt. Durch eine Erhöhung der Aufenthaltsqualität werden die Voraussetzungen für eine Aufwertung der gesamten sozialen Infrastruktur geschaffen. Bestehende soziale kommerzielle Treffpunkte am Platz können sich vernetzen und stabilisieren. Um die Rahmenbedingungen für eine Aufwertung zu schaffen, soll der Kfz-Verkehr auf das absolut notwendige Maß reduziert werden. Die Zugänglichkeit und die Sicherheit der Grün- und Freiflächen kann damit erheblich verbessert werden. Um die Nutzerfrequenz des Platzes noch zu erhöhen, sollen Fußverkehr, Radverkehr und öffentlicher Verkehr gefördert werden. Dies gelingt insbesondere durch die Verbesserung der Sicherheit und der Orientierung für alle Verkehrsteilnehmer. Die geplante Umgestaltung erfolgt im direkten Umfeld eines großen Lebensmittelhändlers, eines Stadtteilzentrums und einer Moschee. Dies erfordert eine sorgfältige Abstimmung der Planung mit den lokalen Akteuren, um eine harmonische Integration des neuen Quartiersplatzes in die umliegende Umgebung zu gewährleisten. Im Rahmen der Baumaßnahme werden die Versorgungsträger ihre Leitungen erneuern /austauschen. Die Koordination dieser Arbeiten mit der Neugestaltung des Quartiersplatzes ist dabei von entscheidender Bedeutung. Die frühzeitige Einbindung der Bürgerinnen und Bürger sowie der relevanten Akteure wie Stadtkonzern, Verkehrsunternehmen und Umwelt- und Interessensverbände sollen die Akzeptanz und die Transparenz der Planung unterstützen. Im Rahmen von Bürgerinformations- und Stakeholderveranstaltungen werden die Entwicklungen und Maßnahmen kommuniziert und abgestimmt. Leistungsumfang (Details siehe Anlage

Leistungsbeschreibung): Objektplanung Freianlagen nach § 38 ff. HOAI LPH 1 bis 3 und 5 bis 9, Honorarzone III und Objektplanung Verkehrsanlagen nach § 45 ff. HOAI LPH 1 bis 3 und 5 bis 9, Honorarzone III. Besondere Leistungen: Örtliche Bauüberwachung für Verkehrsanlagen, Bürgerinformationsveranstaltungen, Termine mit politischen Gremien, Dendrologisches Gutachten, Verkehrsregelpläne für Bauzustände (Anordnungsreif), Koordinierter Leitungsplan Es ist eine stufenweise Beauftragung vorgesehen. Projektzeitraum: Beginn Planung 2. Quartal 2025, Baubeginn 2026 Anrechenbare Kosten: Quartiersplatz: Freianlagen ca. 1,47 Mio. Euro netto, Verkehrsanlagen ca. 1,47 Mio. Euro netto Alfred-Delp-Straße: Freianlagen ca. 0,11 Mio. Euro netto, Verkehrsanlagen ca. 0,45 Mio. Euro netto Freigerichtstraße: Freianlagen ca. 0,10 Mio. Euro netto, Verkehrsanlagen ca. 0,40 Mio. Euro netto  
Kennung des Verfahrens: e9f220af-03e9-4a3d-9bfd-2f96e157719e  
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

#### **2.1.1. Zweck**

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen

#### **2.1.2. Erfüllungsort**

Land, Gliederung (NUTS): Main-Kinzig-Kreis (DE719)

Land: Deutschland

#### **2.1.4. Allgemeine Informationen**

**Rechtsgrundlage:**

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

#### **2.1.6. Ausschlussgründe**

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: Der Bieter hat anzugeben, ob Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen und ob er selbst bzw. ein nach Satzung oder Gesetz für den Bieter Vertretungsberechtigter in den letzten zwei Jahren gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerendengesetz oder gem. § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe belegt worden ist.

## **5. Los**

---

### **5.1. Los: LOT-0001**

Titel: Umgestaltung des Quartiersplatzes Freigericht Alfred-Delp-Straße in Hanau, Planungsleistungen

Beschreibung: Das Freigerichtsviertel in Hanau wird im Rahmen des Städtebauförderungsprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ gefördert. Ein zentraler Bestandteil der Aufwertungsmaßnahmen ist die Schaffung eines neuen Quartiersplatzes an der Freigerichtsstraße/Alfred-Delp-Straße, der den Eingang zum Freigerichtsviertel von der Innenstadt kommend darstellt. Die Gestaltung eines Quartiersplatzes an dieser Stelle hat daher nicht nur einen hohen Nutzwert für die Anwohnerinnen und Anwohner und Passantinnen und Passanten, sondern bewirkt auch eine Änderung der Außenwahrnehmung des Quartiers. Die Verbindung zur Innenstadt wird von zu Fußgehenden und Radfahrenden lebhaft genutzt. Durch eine Erhöhung der Aufenthaltsqualität werden die Voraussetzungen für eine Aufwertung der gesamten sozialen Infrastruktur geschaffen. Bestehende soziale kommerzielle Treffpunkte am Platz können sich vernetzen und stabilisieren. Um die

Rahmenbedingungen für eine Aufwertung zu schaffen, soll der Kfz-Verkehr auf das absolut notwendige Maß reduziert werden. Die Zugänglichkeit und die Sicherheit der Grün- und Freiflächen kann damit erheblich verbessert werden. Um die Nutzerfrequenz des Platzes noch zu erhöhen, sollen Fußverkehr, Radverkehr und öffentlicher Verkehr gefördert werden. Dies gelingt insbesondere durch die Verbesserung der Sicherheit und der Orientierung für alle Verkehrsteilnehmer. Die geplante Umgestaltung erfolgt im direkten Umfeld eines großen Lebensmittelhändlers, eines Stadtteilzentrums und einer Moschee. Dies erfordert eine sorgfältige Abstimmung der Planung mit den lokalen Akteuren, um eine harmonische Integration des neuen Quartiersplatzes in die umliegende Umgebung zu gewährleisten. Im Rahmen der Baumaßnahme werden die Versorgungsträger ihre Leitungen erneuern /austauschen. Die Koordination dieser Arbeiten mit der Neugestaltung des Quartiersplatzes ist dabei von entscheidender Bedeutung. Die frühzeitige Einbindung der Bürgerinnen und Bürger sowie der relevanten Akteure wie Stadtkonzern, Verkehrsunternehmen und Umwelt- und Interessensverbände sollen die Akzeptanz und die Transparenz der Planung unterstützen. Im Rahmen von Bürgerinformations- und Stakeholderveranstaltungen werden die Entwicklungen und Maßnahmen kommuniziert und abgestimmt. Leistungsumfang (Details siehe Anlage Leistungsbeschreibung): Objektplanung Freianlagen nach § 38 ff. HOAI LPH 1 bis 3 und 5 bis 9, Honorarzone III und Objektplanung Verkehrsanlagen nach § 45 ff. HOAI LPH 1 bis 3 und 5 bis 9, Honorarzone III. Besondere Leistungen: Örtliche Bauüberwachung für Verkehrsanlagen, Bürgerinformationsveranstaltungen, Termine mit politischen Gremien, Dendrologisches Gutachten, Verkehrsregelpläne für Bauzustände (Anordnungsreif), Koordinierter Leitungsplan Es ist eine stufenweise Beauftragung vorgesehen. Projektzeitraum: Beginn Planung 2. Quartal 2025, Baubeginn 2026 Anrechenbare Kosten: Quartiersplatz: Freianlagen ca. 1,47 Mio. Euro netto, Verkehrsanlagen ca. 1,47 Mio. Euro netto Alfred-Delp-Straße: Freianlagen ca. 0,11 Mio. Euro netto, Verkehrsanlagen ca. 0,45 Mio. Euro netto Freigerichtstraße: Freianlagen ca. 0,10 Mio. Euro netto, Verkehrsanlagen ca. 0,40 Mio. Euro netto Interne Kennung: HIS-VS 12-24

#### **5.1.1. Zweck**

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen

#### **5.1.2. Erfüllungsort**

Land, Gliederung (NUTS): Main-Kinzig-Kreis (DE719)

Land: Deutschland

#### **5.1.6. Allgemeine Informationen**

##### **Vorbehaltene Teilnahme:**

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

#### **5.1.7. Strategische Auftragsvergabe**

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

#### **5.1.9. Eignungskriterien**

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Umsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Umsatz des Bewerbers jeweils für Leistungen der Objektplanung Freianlagen und Verkehrsanlagen für Einzelbewerber oder Bewerber in

Bewerbergemeinschaft (dann in Summe) der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre im Mittel. Bei Nachunternehmern gilt, dass deren Umsätze, für die für die Eignungsleihe in Betracht kommenden Leistungen ebenfalls addiert und mit angegeben werden. Geforderte Eignungsnachweise (gem. §§ 122 ff. GWB, §§ 42 ff. VgV), die in Form anerkannter Präqualifikationsnachweise (u.a. HPQR) vorliegen, werden zugelassen und anerkannt, wenn die Präqualifikationsnachweise in Form und Inhalt den geforderten Eignungsnachweisen entsprechen Mindesteignung Umsatz, Freianlagenplanung und Verkehrsplanung in Summe: 0,2 Mio. Euro netto im Mittel der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre. Das Nichterreichen der Mindesteignung führt zum Ausschluss der Bewerbung.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Fachkräfte

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Anzahl der qualifizierten Fachkräfte bezogen auf den Auftragsgegenstand REFERENZEN: Punkte (in Summe max. 100) werden wie folgt vergeben:  
- 40 Punkte ab 2 Referenzen für Verkehrsanlagenplanung zum Umbau innerörtlicher Straßenverkehrsanlagen im Bestand (15 Punkte je Ref.). - 30 Punkte ab 2 Referenzen für Freianlagenplanung zu vergleichbarer Nutzung: öffentliche städtische Freianlage als frei zugängliche innerörtliche Fläche oder Platz (kein Schulhof, Kindergartenfreifläche, Vereinsanlage o.ä.) (20 Punkte je Ref.). - max. 30 Punkte für Referenzen zu gestalterischer Qualität öffentlicher Freianlagen (anhand grafischer Nachweise). Bei der Bewertung geht es um grundsätzlich gestalterische Qualität sowie die Angemessenheit und Identität der nutzungs- und ortsspezifischen Gestaltung. Bewertet wird jede eingereichte Referenz individuell, die beiden besten Referenzen fließen in die Bewertung der Eignung ein. Die Bewertung je Referenz erfolgt gestaffelt: voll überzeugend = 15 Punkte weitgehend überzeugend = 10 Punkte teilweise überzeugend = 5 Punkte nicht überzeugend = 0 Punkte Alle eingereichten grafischen Dokumente je Referenz werden in die Bewertung aufgenommen. Referenzen aus früheren Tätigkeiten werden zugelassen, soweit eine Bescheinigung des früheren Arbeitgebers oder Auftraggebers vorliegt, dass diese Referenzen in leitender Position erbracht wurden. Es werden nur Referenzen gewertet, welche auf den Referenzblättern (Anlage zur Bekanntmachung) benannt oder beschrieben sind. Die eingereichten Referenzen werden in allen Kategorien gewertet, deren geforderten Merkmale nachvollziehbar erfüllt sind. Es werden keine Sammelreferenzen oder Rahmenverträge gewertet. Geforderte Eignungsnachweise (gem. §§ 122 ff. GWB, §§ 42 ff. VgV), die in Form anerkannter Präqualifikationsnachweise (u.a. HPQR) vorliegen, werden zugelassen und anerkannt, wenn die Präqualifikationsnachweise in Form und Inhalt den geforderten Eignungsnachweisen entsprechen. Mindesteignung Fachkräfte: 2 qualifizierte Fachkräfte. Mindesteignung Referenzen: je 1 grundsätzlich wertbare Referenz für Freianlagen und Verkehrsanlagen. Das Nichterreichen der Mindesteignung führt zum Ausschluss der Bewerbung. Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind: ja

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Es werden ausschließlich Teilnahmeanträge zusammen mit den erforderlichen Nachweisen berücksichtigt, die bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist über die Vergabeplattform eingereicht werden. Der Teilnahmeantrag sowie die erforderlichen Anlagen sind vollständig auszufüllen. Bei einem elektronisch übermittelten Teilnahmeantrag in

Textform muss der Bewerber zwingend erkennbar sein. Der Bewerber sowie ggf. alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft und Nachunternehmer zur Eignungsleihe sind zu benennen. Darüber hinaus sind mit dem Teilnahmeantrag Angaben zur Definition KMU und entsprechende Erklärungen zur Eintragung ins Handelsregister zu tätigen. Hinweis für Bewerbergemeinschaften: Bei Bewerbergemeinschaften ist eine von sämtlichen Mitgliedern ausgefüllte "Bewerbergemeinschaftserklärung" (Formblatt ist Anlage zur Bekanntmachung) mit dem Hinweis auf die gesamtschuldnerische Haftung aller Mitglieder und der Benennung eines bevollmächtigten Vertreters einzureichen. Hinweis zur Eignungsleihe: Bei Vorliegen einer Eignungsleihe muss mit der Bewerbung der Nachweis geführt werden, dass dem Bewerber die erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen (§ 47 Abs. 1 VgV). Der Nachweis kann z.B. durch eine Verpflichtungserklärung Eignungsleihe (Formblatt ist Anlage zur Bekanntmachung) geführt werden. Folgende erforderliche Eigenerklärungen zur Eignung sowie zu den Verfahrens- und Auftragsbedingungen sind unter Pkt. 2.1. des Teilnahmeantrags abzugeben, eine unterlassene bzw. nicht vollständige Erklärung kann zum Ausschluss führen:

- Erklärung, dass die übersandten bzw. die ggf. über die Vergabeplattform mitgeteilten Änderungen der Unterlagen zum Teilnahmewettbewerb Gegenstand des Antrages sind, -
- Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen und/oder Verurteilungen nach § 42 Abs. 1 VgV und §§ 123,124 GWB (ausgenommen Selbstheilung – vgl. Hinweis im Teilnahmeantrag), -
- Erklärung, dass eine Berufshaftpflichtversicherung (bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied) besteht und dass diese im Falle einer Beauftragung ggf. entsprechend der unter Pkt. III.2.2 aufgeführten Deckungssummen für Personen- und sonstige Schäden erhöht wird, -
- Erklärung, dass diese Planungs-/ Dienstleistung unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgt, -
- Angaben zur wirtschaftl. Verknüpfung mit Dritten (bei BG von jedem Mitglied und der NU), -
- Erklärung zur Richtigkeit aller Angaben. Folgende erforderliche Eigenerklärungen sind dem Teilnahmeantrag beizulegen. Eine unterlassene bzw. nicht vollständige Erklärung kann zum Ausschluss führen:

- Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen unter Berücksichtigung der Vorgaben des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG) vom 12.07.2021, GVBl. S. 338 (Formblatt Anlage zur Bekanntmachung) -
- Eigenerklärung der Bewerber, in der sie erklären, dass sie nicht zu den in Artikel 5k Sanktions-VO genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen, gehören. Geforderte Eignungsnachweise (gem. §§ 122 ff. GWB, §§ 42 ff. VgV), die in Form anerkannter Präqualifikationsnachweise (u.a. HPQR) vorliegen, werden zugelassen und anerkannt, wenn die Präqualifikationsnachweise in Form und Inhalt den geforderten Eignungsnachweisen entsprechen.

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Für die Ausführung des Auftrags ist eine Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 7 des Vertragsentwurfs mit Deckungssummen in Höhe von 3,0 Mio. € für Personenschäden und 1,5 Mio. € für sonstige Schäden erforderlich (bei BG von jedem Mitglied).

#### **5.1.11. Auftragsunterlagen**

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E72374311>

#### **5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe**

**Bedingungen für die Einreichung:**

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E72374311>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 13/01/2025 12:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

**Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:**

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Frist zur Nachforderung beträgt 6 Kalendertage

**Auftragsbedingungen:**

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

#### **5.1.15. Techniken**

**Rahmenvereinbarung:**

Keine Rahmenvereinbarung

**Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:**

Kein dynamisches Beschaffungssystem

#### **5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung**

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Hessen

Informationen über die Überprüfungsfristen: Ergibt eine Mitteilung des Auftraggebers, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, kann der Bieter wegen Nichtbeachtung der Vergabevorschriften ein Nachprüfungsverfahren nur innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang vor der Vergabekammer beantragen. In diesem Zusammenhang sei auf die §§ 160 Abs. 3 GWB, 134 hingewiesen, die nachfolgend in ihrem Wortlaut aufgeführt ist: § 160 Abs. 3 GWB: Der Antrag ist unzulässig, soweit: 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt. § 134 Abs. 1, Abs. 2 GWB: (1) Öffentliche Auftraggeber haben die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die

Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist. (2) Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information nach Absatz 1 geschlossen werden. Wird die Information auf elektronischem Weg oder per Fax versendet, verkürzt sich die Frist auf 10 Kalendertage. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an.

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Magistrat der Stadt Hanau

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

## 8. Organisationen

---

### 8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Magistrat der Stadt Hanau

Registrierungsnummer: DE113525347

Postanschrift: Am Markt 14-18

Stadt: Hanau

Postleitzahl: 63450

Land, Gliederung (NUTS): Main-Kinzig-Kreis (DE719)

Land: Deutschland

E-Mail: [his-verkehrsplanung@hanau.de](mailto:his-verkehrsplanung@hanau.de)

Telefon: +496181 2950

Internetadresse: <https://www.hanau.de>

#### **Rollen dieser Organisation:**

Beschaffer

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

### 8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Hessen

Registrierungsnummer: DE812056745

Stadt: Darmstadt

Postleitzahl: 64283

Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)

Land: Deutschland

E-Mail: [vergabekammer@rpda.hessen.de](mailto:vergabekammer@rpda.hessen.de)

Telefon: +49 6151 126603

#### **Rollen dieser Organisation:**

Überprüfungsstelle

### 8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: [noreply.esender\\_hub@bescha.bund.de](mailto:noreply.esender_hub@bescha.bund.de)

Telefon: +49228996100

**Rollen dieser Organisation:**

TED eSender

**Informationen zur Bekanntmachung**

---

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: c063e3e2-d7ac-442c-871f-d4f173f54a39 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 11/12/2024 12:14:23 (UTC+01:00)

Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 763207-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 243/2024

Datum der Veröffentlichung: 13/12/2024